

Kein Raum für soziale Bewegungen

Autoritärer Sozialstaat Singapur

Singapur wird als Erfolgsgeschichte der asiatischen Länder gehandelt. Als eine der schnell wachsenden Nationen Südostasiens wird ihr wirtschaftlicher Erfolg als Model hochgehalten. Südostasien einschließlich Singapur wird als Motor für das Anwachsen des weltweiten Handels im nächsten Jahrzehnt gesehen. Getrieben durch die Vermehrung der Fertigungsindustrien und dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts steht es an der Spitze der globalen Wirtschaft und läßt viele entwickelte Länder weit hinter sich. 1996 ist Singapur nahe dem Status eines entwickelten Landes.

Als Stadtstaat mit einer Bevölkerung von 3 Millionen auf einer Fläche von 624 qkm ist Singapur stark vom internationalen Handel abhängig und anfällig gegenüber außenwirtschaftlichen Einwirkungen. Das Wirtschaftswachstum betrug 1990 8,3 % und mit einem geschätzten Bruttosozialprodukt von 36.000 DM pro Kopf 1995 gehört Singapur heute vor vielen westeuropäischen Ländern zu den 10 reichsten Länder der Welt. Bis zum Jahre 2000 wird seiner Wirtschaft eine Wachstumsrate von jährlich 7 % vorhergesagt.

Singapurs Entwicklungsmodell ist eine Mischung aus Markt- und Planwirtschaft. Die Regierung kontrolliert den Gebrauch und die Verteilung von grundlegenden Gütern, wie z.B. Boden, Arbeitskraft, Bildung und Energie und gewährleistet, daß der freie Wettbewerb von Privatunternehmen sich an einen bestimmten Rahmen hält. Die Regierung der Peoples Action Party (PAP) praktiziert "Sozialismus", indem sie kapitalistische Methoden anwendet, um sozialistische Ziele zu erreichen, wie die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, Wohnungen, Bildung und bestimmte soziale Dienstleistungen. Singapur verfolgte eine Entwicklungsstrategie unter Anleitung der UN und wechselte von Importsubstitution in den 50er Jahren zur exportorientierten Industrialisierung in der 60er und 70er Jahren.

Die politische Freiheit ist in Singapur beschränkt auf die Mitarbeit in den bestehenden politischen Institutionen und den Wahlen. Es gibt kaum Möglichkeiten für das Volk sich Gehör zu verschaffen. Die Bürger müssen einer von der Regierung zugelassenen Partei beitreten, um am politischen Leben teilnehmen zu können. Ansonsten haben sie kaum eine politische Stimme, außer bei den Wahlen

alle 4 Jahre. Sie dürfen ihre politischen Auffassungen nicht frei äußern, außer durch Politiker. In Singapur werden Kommentare meist von einer autorisierten Person gemacht, von professionellen Experten zum Thema.

Die regierende PAP ist seit 1959 an der Macht und hat Singapur zu einem Einparteiensstaat gemacht. Sie hat sich auf wirtschaftliche Entwicklung und schnellen industriellen Wachstum konzentriert, auf Kosten politischer Rechte, zu Gunsten materieller Verbesserungen für die Bevölkerung: die beste Wohnungsver-sorgung in Asien, einem Gesundheits-versorgungs- und einem Bildungssystem, daß sich alle Bürger leisten können.

Lee Kuan Yew, der ehemalige Premierminister, gilt als Gründungsvater des modernen Singapur. Er war der Führer der PAP-Fraktion, die durch ein politisches Bündnis mit dem ausländischen Kapital zur Macht kam. Singapurs verarbeitende Industrie wird von ausländischen multinationalen Unternehmen dominiert. Die Aufgabe der Regierung ist vor allem die Kontrolle der Arbeiter. Die Regierung verwendete soziale Kontrolle, um die Singaporeaner den Bedürfnissen des politischen Bündnisses anzupassen. Der Staat Singapur und die herrschenden Klassen einiger entwickelter Länder des Nordens waren Partner bei der Ausbeutung der arbeitenden Klassen in Singapur und der Region Südostasien. Mit Ende des Kalten Krieges wurde deutlich, wie die entwickelten Länder des Nordens die unterentwickelten Länder der Dritten Welt ausgebeutet haben. Es wurde auch deutlich, daß Singapur unter der PAP-Herrschaft solche Ausbeutung innerhalb Südostasiens gefördert hat.

Das ostasiatische Entwicklungsmodell verspricht schnell hohe Wachstumsraten, während es die Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft vertagt oder verlangsamt. Individuelle Freiheiten und Bürgerrechte sind in der Gesetzgebung und der politischen Kultur unterentwickelt. Im letzten Jahr gab Lee Kuan Yew der philippinischen Regierung den Rat, daß der Schlüssel für Singapurs erfolgreiche Entwicklung Ordnung und Disziplin sei und nicht nur ein freier Markt. Ein autoritärer Staat hat in Singapur für Wirtschaftswachstum, steigendes Einkommen und blühende Geschäfte gesorgt, aber es gibt keinen Raum für echte, unabhängige soziale Bewegungen oder eine Zivilgesellschaft. Lee

will Modernisierung abzüglich des westlichen Lebensstils und der Demokratisierung.

Konfuzianismus: Kultur der autoritären Wohlfahrt

Nach dem Austritt aus der Föderation Malaysia 1965 mußte die Regierung Singapurs viele soziale und wirtschaftliche Probleme überwinden wie Armut, Arbeitslosigkeit, Analphabetentum, schlechte Gesundheitsversorgung und Mangel an Wohnraum. In dieser Zeit wurden vordringlich die Lebensbedingungen verbessert und für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung gesorgt. Die PAP-Regierung ermöglichte Vollbeschäftigung, verbesserte das Leben der Bevölkerung durch bessere Sozialeinrichtungen, Gesundheitsversorgung, Wohnungen, Bildungseinrichtungen und kulturelle Einrichtungen.

Singapurs Transformation von einem Warenumschißzentrum zu einer Industrialisierung bedurfte disziplinierter Arbeitskräfte. Die Bevölkerung mußte hart arbeiten, um ihre Einkommen und ihren Lebensstandard zu verbessern. Einige der kulturellen Vorbedingungen für wirtschaftlichen Entwicklung sind Disziplin am Arbeitsplatz und allgemeine soziale Disziplin¹. Der ehemalige Premierminister Lee Kuan Yew ist international anerkannt für die Durchsetzung einer disziplinierten und ordentlichen Gesellschaft. Singapur ist relativ frei von Konflikten, sexueller Freizügigkeit, Dekadenz, zügellosem Individualismus und anderen "westlichen Übeln". Die PAP-Elite setzt seine Politik fort². Das Schwergewicht wird in dieser Kultur auf Ordnung und Sauberkeit gelegt.

Der Konfuzianismus kann den autoritären Staat stärken. Singapurs Chinesen können durch den Konfuzianismus angesprochen werden, aber nicht die verschiedenen ethnischen Minderheiten. Das chinesische Mandarin wird in den Schulen verwandt, um Konfuzianismus zu lehren. Früher wurden konfuzianische Werte durch die Familie vermittelt. Seit 1979 ist Konfuzianismus ein Fach in der Schule. Es sollen vor allem eine konfuzianische Moral oder konfuzianische Werte wie Harmonie, Ehrfurcht gegenüber den Eltern, Respekt und Gehorsam gegenüber den Älteren kultiviert werden. Sie fördern auch Werte wie harte Arbeit, Fleiß, soziale und persönliche Disziplin, Selbstentwicklung und Sparsamkeit, die von Nutzen für die Arbeitseinstellung, für Investitionen und die Wirtschaft sind. Eine Kultur wird angestrebt, die kollektive Solidarität über Individualismus, Familie vor dem Individuum und die Gemeinschaft vor dem Individuum stellt. Solche Werte werden in den Schulen, den Massenmedien und beim Wehrdienst in den Vordergrund gestellt. Diese konfu-

zianischen Werte können effektive Alternativen zu den christlichen Werten wie Selbstdisziplin, Opferbereitschaft und krassem Individualismus darstellen. Sie richten sich gegen eine freizügige Gesellschaft mit vorehelichem Geschlechtsleben, langen Haaren, kurzen Röcken, schlechtem Benehmen, Promiskuität und Selbstgefälligkeit.

Der paternalistische und wohlwollende konfuzianische Vater ist der Ernährer der Familie. Die konfuzianische politische Kultur geht davon aus, daß die Führer die Probleme der Bevölkerung lösen müssen. Konfuzianismus betont mehr die Herrschaft durch moralisch überlegene Männer und scheint gegen den wirtschaftlichen Fortschritt gerichtet zu sein. Er betont die Bereitstellung einer materiellen Grundversorgung der Bevölkerung. Konfuzianismus verspottet jedoch die Händler und den materiellen Erfolg.

Nach 31 Jahren Wirtschaftswachstum sagte der Premierminister Goh Chok Tong in seiner Rede zum Nationalfeiertag 1996, daß die Singaporeaner über das Streben nach materiellem Wohlstand hinaussehen und mithelfen sollten, eine freundlichere, ausgewogenere Gesellschaft aufzubauen. Er hob hervor, daß eine Nation mehr als ein Markt sei, wo die Menschen arbeiten, handeln, investieren und reich würden, und ging darauf ein, daß die Generation nach der Unabhängigkeit sich auf ihre Geldanlagen an der Börse, auf den Weg zu einer größeren Wohnung, auf den Kauf einer Zweitwohnung oder auf den Geschäftserfolg konzentriert. *Ein solches Streben ist nicht falsch. Aber es ist eine schwerwiegende Schwäche, wenn wir nur nach Wohlstand für unsere eigene Familie streben. Singapur wird nicht als Nation überleben ohne den sozialen Klebstoff, der uns zusammen hält,* sagte er. In den letzten Monaten führten die Zeitungen eine Diskussion über das selbstsüchtige Streben nach den 5 "C" – cash, car, credit card, condominium, country-club membership (Bargeld, Auto, Kreditkarte, Luxuswohnung, Club-Mitgliedschaft) – auf Kosten der erhabenen asiatischen Werte.

Die politische Theorie des Konfuzianismus bei der Regierung kann man in der Mißbilligung des Individualismus, im Paternalismus, Elitismus und ihren Kampagnen, höflich zu sein, nichts zu verunreinigen, Respekt gegenüber den Älteren zu haben und Mandarin (Hoch-Chinesisch) zu sprechen, sehen³. Autoritarismus scheint legitim im Konfuzianismus zu sein und somit kann der PAP-Staat aus seinem eigenen Verständnis heraus auch nicht wegen Autoritarismus oder Verletzung von Menschenrechten angegriffen werden.

Korruption bei öffentlichen Ämtern wird nicht geduldet. Diese konfuzianische Haltung zur Korruption ist charakteristisch für Singapur. Der autoritäre

Konfuzianismus erklärt die Rechtfertigung einer Inhaftierung von Kriminellen ohne Prozeß.

Die Position einer Person in der Hierarchie ist auf seine Verdienste zurückzuführen. Der erreichte Ausbildungsgrad ist wesentlicher Gesichtspunkt für die Verdienstlichkeit. Die besten Köpfe und Talente werden in die regierende Partei kooptiert. Eine gebildete Person wird auch für eine weise Person gehalten. Der Konfuzianismus betont die Moral einer Person, die durch Bildung angeeignet wird.

Die Einmischung des Staates in das Leben der Menschen wird als Aufgabe eines konfuzianischen Führers gesehen, um die Bedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Es erklärt auch die Durchdringung der Zivilgesellschaft mit staatlichen Basisorganisationen als Augen und Ohren zur Verbesserung der Lebensbedingungen. In der VR China ist die Durchdringung der Gesellschaft eine Realität. Es scheint Ähnlichkeiten zwischen dem PAP-Staat und dem kommunistischen chinesischen Staat zu geben wie, elitäres Denken, die Anwendung von Gewalt, Geburtenkontrolle und eine Wirtschaftsstrategie. Die konfuzianische Herrschaft ist autoritär, arrogant, autokratisch und paternalistisch. Die Macht, Entscheidungen zu treffen liegt in den Händen des Premierministers, so wie der Vater das Familienoberhaupt ist.

Politische Unterdrückung in Singapur

Die Verfassung Singapurs garantiert eine Reihe von grundlegenden Menschenrechten. Sie ermöglicht aber auch, wenn die nationale Sicherheit bedroht ist, daß diese durch Notstandsgesetze außer Kraft gesetzt werden. Das Gesetz zur Inneren Sicherheit (Internal Security Act – ISA) von 1960 und 1963 ist legaler Ausdruck dieser willkürlichen Machbefugnisse.

Nach den Bestimmung des ISA kann jede Person ohne Haftbefehl festgenommen werden, wenn die Behörden den Verdacht haben, daß sie gegen die Sicherheit Singapurs gehandelt hat oder zu handeln im Begriff ist oder wahrscheinlich in irgendeiner Art gegen die Sicherheit Singapurs handeln wird. Die Inhaftierung nach ISA kann beliebig von den Exekutivorganen verlängert werden. Seit 1989 kann die Inhaftierungsanordnungen nach dem ISA nicht mehr einer Überprüfung unterzogen werden müssen oder durch Gerichtsbeschluß aufgehoben werden können. Die Regierung kann mit den Vollmachten des ISA willkürlich und unbegrenzt lange politische Gegner in Haft halten.

Herr Chia Thye Poh, ein seinerzeit sozialistisches Mitglied des Parlaments, wurde 1966 nach dem ISA inhaftiert. Mit

23 Jahren Haft gehört er zu einen der am längsten festgehaltenen politischen Gefangenen der Welt und wurde niemals angeklagt oder vor ein ordentliches Gericht gestellt. 1989 wurde Herr Chia unter Auflagen auf die kleine Touristeninsel Sentosa "verbannt" und durfte sich nur dort frei bewegen. Eine Mitgliedschaft in einer Organisation war ihm untersagt, sowie die Teilnahme an irgendwelchen politischen Aktivitäten und Reden auf öffentlichen Veranstaltungen. Ferner war ihm jeglicher Kontakt zu Personen verboten, die früher in Singapur oder Malaysia nach dem ISA inhaftiert worden waren. Seit Ende 1992 darf Herr Chia bei seinen Eltern auf der Insel Singapur leben. Die Einschränkungen sind aber bis heute noch in Kraft.

Im Mai und Juni 1987 wurden 22 junge Menschen nach dem ISA wegen ihrer angeblichen Teilnahme an einer marxistischen Konspiration zur Unterwanderung des bestehenden sozialen und politischen Systems Singapurs inhaftiert. Bei allen handelte es sich um Absolventen von Hochschulen Singapurs. Sie waren in unterschiedlichem Maße aktiv in Kirchenorganisationen, Gemeinwesenarbeit, in der Schauspielerei, in Arbeiter- und Studentengruppen und in der oppositionellen *Worker's Party*. In ihrer offenen und legalen Arbeit haben sie Bildungsveranstaltungen organisiert und Meinungen geäußert, die kritisch gegenüber einigen Aspekten der Regierungspolitik waren, insbesondere bezüglich der Arbeitsbedingungen und der Behandlung von ausländischen Arbeitern.

Die Regierung war entschlossen, die Entwicklung von sozialem Engagement



Schwere Zeiten für J.B. Jeyaretnam, den Vorsitzenden der Worker's Party

aus: FEER v. 12.9.96, S. 18

innerhalb der Kirchen zu unterdrücken. Regierungsinstitution führten Beispiele von kirchlichen Gruppen in anderen asiatischen Ländern, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzten, als potentielle Bedrohung der Sicherheit an. Der damalige Premierminister Lee erklärte auf dem Nationalfeiertag im August 1987: *Nach dieser Erfahrung erwarte ich von der katholischen Kirche, daß sie keinem ihrer Priester oder Laienmitarbeitern mehr erlauben wird, Kirchenorganisationen oder der Kirche angegliederte Organisationen für politische Zwecke zu benutzen.*

Die Inhaftierten wurden nicht angeklagt und die Regierung hatte auch nicht vor, sie vor ein ordentliches Gericht zu stellen. Premierminister Lee sagte dazu bereits im Juni 1987: *Es ist nicht üblich, noch will ich subversiven Kräften die Möglichkeit geben davon zu kommen, indem sie darauf bestehen, daß ich vor einem ordentlichen Gericht alles, was ich gegen sie vorzubringen habe, beweisen und diese Beweise den strengen Prüfungen der Beweisaufnahme eines Gerichtes unterziehe muß.* Die Regierung veranstaltete eine intensive Medienkampagne, bei der sie die Inhaftierten verdammten, und zu im Fernsehen übertragenen öffentlichen "Geständnissen" bewegte.

Die meisten der Inhaftierten wurden im Dezember 1987 mit Auflagen freigelassen. Acht von ihnen, die nach der Freilassung in einer öffentlichen Erklärung alle Vorwürfe der Regierung gegen sich zurückgewiesen und die "Geständnisse" als erpresste dargestellt hatten, wurden im April 1988 erneut nach dem ISA inhaftiert. Nachdem sie diese Erklärung widerrufen hatten, wurden sieben von ihnen mit zeitweiligen Auflagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Die letzten zwei wurden schließlich im Juni 1990 mit Auflagen freigelassen, unter ihnen der ehemalige Sekretär von *Justitia et Pax* in Singapur.

Im Zuge der Verhaftungswelle wurden auch zwei Anwälte, die die Inhaftierten von 1987 verteidigten, selbst im Mai 1988 nach dem ISA inhaftiert. Unter ihnen war der ehemalige Generalstaatsanwalt und zeitweilige Präsident der Anwaltskammer, Francis Seow.

Die Regierung Singapurs hält weiterhin jegliche Form des Dissens unter strikter Kontrolle auf Kosten der bürgerlichen und politischen Rechte. Die meisten einheimischen Medien werden von staatlichen Einrichtungen kontrolliert. Die Zensur von politischer Kritik in internationalen Medien hat die Pressefreiheit weiter eingeschränkt. 1989 wurden der Vertrieb von internationalen Publikationen wie *Time*, *Asian Wall Street Journal* und *Far Eastern Economic Review* in Singapur durch die Regierung erheblich eingeschränkt. Das lag vor allen an den Kritikern an der Menschenrechtssituation in Singapur, die dort veröffentlicht wurden.

Während der Wahlen 1988 kam die PAP nur auf 61,8 % der Stimmen, wobei allerdings nur ein Kandidat der Opposition ein Parlamentssitz erhielt. Unterstützer von Oppositionsparteien mit Führungspositionen in Bürger- und sektoralen Organisationen wurden aus diesen Ämtern entfernt. Unter ihnen sind George Sita vom Gewerkschaftsdachverband NTUC (National Trade Unions Congress), der Kandidat einer Oppositionspartei bei den Wahlen war, Schariff Yahya von der Bankangestellten-Gewerkschaft und M. Ramasamy von der Metallarbeiter Gewerkschaft. Die Führung der NTUC hatte alle Mitglieds-gewerkschaften dazu aufgefordert, die regierende PAP wegen der "symbiotischen Beziehung" zwischen der PAP und der NTUC bei den Wahlen zu unterstützen und alle Oppositionsaktivisten aus den Gewerkschaftsapparat zu säubern.

Gewerkschaften und Arbeiterrechte

1964 wurde der Gewerkschaftsdachverband *National Trade Union Congress* (NTUC) gegründet. Die PAP sah die politische Bedeutung von aktiver Unterstützung durch nicht-kommunistische Gewerkschaften und erleichterte denen die Zulassung, die sich dem NTUC anschlossen. Sie half bei der Stärkung der Organisation durch großzügige Bereitstellung von finanzieller und personeller Unterstützung. Verwaltungsbeamte wurden zum NTUC abgeordnet, um ihm dabei zu helfen, Lohn- und Gehaltsforderungen zu formulieren und Tarifverhandlungen zu führen. Dadurch wurde eine aktive und direkte Beteiligung der Regierung und ihres Apparates in den Gewerkschaften möglich.

Im Mai 1979 gab es in Singapur 86 Gewerkschaften mit 242.014 Mitgliedern, wovon 95 % dem Dachverband NTUC angehörten. Dieses Jahr verzeichnete die höchste Mitgliederzahl und in den darauf folgenden 5 Jahren erlebte sie einen Mitgliederrückgang von 20 % auf 192.500 oder etwa 21,9 % der erwerbstätigen Bevölkerung im Jahr 1984. Im Juni 1995 konnte der NTUC schließlich wieder 229.612 Mitglieder melden.

Die PAP sah mit dem Verlassen der Föderation Malaysia 1965 ihre wichtigste Aufgabe in dem Aufbau einer eigenen Nation. Sie ließ nicht zu, daß die Gewerkschaften, die sich dem Klasseninteresse verschrieben hatten, zu einem Hindernis dabei hätten werden können. Die Gewerkschaften mußten die nationalen Ziele mittragen, wie sie der PAP vorschwebten, selbst wenn es Opfer von ihren Mitgliedern forderte. Die Kontrolle der Gewerkschaften durch die PAP war Voraussetzung für ein wirtschaftlichen Wachstum.

Bereits 1959, zwei Monate nachdem die britischen Kolonialherren den Singapureanern eine eingeschränkte Selbstverwaltung zugestanden hatten, wurden Veränderungen des Gerkschaftsgesetzes (Trade Union Amendment Act) vorgenommen. Es gab der Regierung größere Befugnisse bei der Zulassung und Anerkennung von Gewerkschaften. Mit der im September 1960 verabschiedeten *Industrial Relations Ordinance* (IRO) konnte die Regierung schon eine aktivere Rolle bei der Regulierung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einnehmen. Darin wurden Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften geregelt und es ist ein Schiedsgericht (Industrial Arbitration Court - IAC) vorgesehen, welches dem Arbeitsminister bei der Schlichtung eine größere Rolle zuweist. Tarifverträge, die vom IAC bestätigt worden sind, haben Gesetzeskraft. Entscheidungen des IAC sind verbindlich für alle Parteien und können nicht vor Gericht angefochten werden. Durch solche Gesetzgebung versuchte die PAP-Regierung die Gewerkschaften einzuschränken.

Die PAP ging davon aus, daß ein Arbeitsfrieden mit einer disziplinierten Arbeiterschaft ausländische Investitionen anlocken würde. Der NTUC gewährleistete Disziplin unter den Arbeitern. Gesetzliche Regelungen wurden verschärft, um das "zerstörerische Potential" der Gewerkschaften einzuschränken. Nur bei einer Stimmenmehrheit konnte ein Streik durchgeführt werden; Gewerkschaftsfunktionäre mußten gemeldet werden; Ausländer und vorbestrafte Gewerkschafter durften keine Funktionen übernehmen. Seit 1967 dürfen Beschäftigte bei Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken nicht streiken und in anderen wichtigen Dienstleistungsbereichen nur nach einer Vorankündigung von 14 Tagen. Ferner wurden Sympatiestreiks verboten und das Arbeitsministerium befugt, Gewerkschaftszusammenschlüsse in wichtigen Bereichen zu untersagen.

1979 führte der NTUC ein Ausrichtungseminar durch, auf dem Strategien für die 80er Jahre entwickelt wurden. Eine neue Generation von professionellen und technokratischen Gewerkschaftsführern machte sich bemerkbar. Die symbiotische Beziehung zwischen der NTUC und der PAP wurde Anfang der 80er weiter gestärkt. Gewerkschaftsführer wurden in die PAP-Führung kopiert und die PAP-Parlamentsabgeordneten mußten in den Gewerkschaften arbeiten, um die Führung kennenzulernen. Seit dieser Zeit gibt es das Verfahren, daß Parlamentsabgeordnete als Berater für die Gewerkschaften zugeordnet werden. Der Aktionsplan der NTUC für die 80er forderte eine anhaltenden Unterstützung der Regierung, "um das Beste für die größtmögliche Anzahl Singapureaner zu erringen". Der NTUC war

vollkommen einverstanden mit der Regierung, möglichst günstige Bedingungen für ausländische Investoren zu erhalten.

Durch die Ergänzung des Gewerkschaftsgesetzes 1982 wurden schließlich die Zielsetzungen der Gewerkschaften geändert. Sie sollten nun für die Sicherung des Arbeitsfriedens sorgen, die Arbeitsbedingungen, die wirtschaftliche und soziale Situation der Arbeiter verbessern und die Produktivität steigern. Nach dem Gesetz wurden die Gelder von Gewerkschaften und ihre Verwendung stärker kontrolliert und der NTUC war als einziger Dachverband, der die Arbeiter vertreten durfte, zugelassen.

Die Veränderungen des Arbeitsgesetzes von 1984 führten schließlich zu drastischen Änderungen der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeiten, der Urlaubsregelung, der Beschäftigung von Frauen bei Nacharbeit. Die tägliche Arbeitszeit bei Nicht-Schichtarbeitern konnte nun auf bis zu 12 Stunden ausgedehnt werden, ohne daß ein Teil als Überstunden gezahlt werden mußte. Vorher galt grundsätzlich der 8-Stunden-Tag. Die einzige Einschränkung ist, daß der Beschäftigte der Arbeitszeitregelung zustimmen muß, nachdem ihm das Gesetz und die darin vorgesehenen Regelungen erklärt wurden. Außerdem darf insgesamt die durchschnittliche rechnerische Wochenarbeitszeit 44 Stunden während drei Wochen hintereinander nicht überschreiten. Wenn ein Arbeitnehmer einer 12-Stunden-Regelung nicht zustimmt, kann er immer noch bis zu neun Stunden verpflichtet werden. Für denjenigen, der einem 1-Stunden-Tag zugestimmt hat, kann es bedeuten, daß er 72 Stunden in der Woche arbeitet, ohne Überstunden bezahlt zu bekommen. Ferner ermöglichten die Gesetzesänderungen, daß der Arbeitgeber seine Beschäftigten 12 Tage hintereinander ohne Unterbrechung zur Arbeit bestellen kann. Vorher mußte nach sieben Tagen ununterbrochener Arbeit mindestens ein freier Tag gewährt werden. Damit waren die Möglichkeiten einer Flexibilisierung der Arbeitszeit für den Unternehmer gegeben, die eine optimale Anpassung der Arbeitskräfte an die Produktionsanfordernisse ermöglichte.

Solche Gesetze trugen neben einer guten wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, Steuernachlässen, Exportanreizen und Zollbefreiungen zu einem kontinuierlichen Zufluß an ausländischem Kapital in die Inselrepublik bei. Aber sie schwächten die Macht und die Rechte der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften konnten nicht mehr angemessen die Grundrechte der Arbeiter schützen, insbesondere auch nicht ihre Arbeitsplatzsicherheit. Arbeiter und Gewerkschaften wurden somit zum Opfer des wirtschaftlichen Fortschritts.



Der Vorsitzende der oppositionellen Singapore Democratic Party (SDP) beim Verteilen der Parteizeitung in der Orchard Road.

aus: AW v. 6.9.96, S. 25

- Anzeige -

Im November 1994 schrieb – noch immer unter Hausarrest – Aung San Suu Kyi: *Viele der autoritären Regierungen sehen sich gern an der vordersten Front des modernen Fortschritts, sind aber zu wirklichen Veränderungen nicht bereit. Solche Regierungen behaupten, daß sie einen einmaligen nationalen oder einheimischen Weg zu einem politischen System eingeschlagen haben, der zeitgemäß ist. Oft werden im Namen "kultureller Integrität" und "sozialer Stabilität" von autoritären Regierungen demokratische Grundregeln, die von den Menschenrechten abgeleitet sind, mißachtet.* Ihre Aussage beschreibt angemessen die politische Realität in Singapur.

S. Samyodrai

Der Autor ist Singapureaner und hat lange Zeit bei der Christlichen Arbeiterjugend in Singapur und ab 1987 in Hongkong mitgearbeitet. Er lebt zur Zeit in Hongkong und arbeitet dort für das Asian Centre for Progress of People. Das für dieses Heft gelieferte, erheblich längere Manuskript wurde gekürzt, redaktionell überarbeitet und aus dem Englischen übersetzt von P. Franke.

Anmerkungen:

- 1) vgl. Quah Stella, *Social Disciplin in Singapore*, in *Journal of Southeast Asian Studies* No. 14, 1983, S. 266–289
- 2) vgl. Barry Wilkinson, *Social Engineering in Singapore*, in *Journal of Contemporary Asia*, Vol. 18, No. 2, 1988, S. 165
- 3) John Clammer, *Singapore: Ideology, Society, Culture*, Chopmen Publishers Singapore, 1985 S. 104

Karl Rössel: Operation Bondoc Deutsche Entwicklungshilfe zur Aufstandsbekämpfung

Herausgegeben von der
Stiftung für Kinder, Freiburg und dem
Philippinenbüro im Asienhaus, Essen

Seit den achtziger Jahren führt die Bundesregierung ihr größtes entwicklungspolitisches Projekt in den Philippinen ausgerechnet in einer Hochburg der NPA-Guerilla durch: der abgelegenen Bondoc-Halbinsel. Wie Karl Rössel bei Recherchen vor Ort herausfand, fügt sich dieses "Integrierte ländliche Entwicklungsprojekt" exakt in die Strategie der Aufstandsbekämpfung des philippinischen Militärs ein. Dieser Band dokumentiert mit bislang unveröffentlichten internen Projektpapieren sowie Stellungnahmen von Beteiligten und Verantwortlichen einen entwicklungspolitischen Skandal ersten Ranges.

**GERMANS
NO**

Operation Bondoc

Deutsche Entwicklungshilfe
zur Aufstandsbekämpfung
Karl Rössel

120 Seiten mit Abbildungen, DM 18,-
secolo Verlag, D- 49074 Osnabrück
ISBN 3-929979-26-8

Bestellungen an:
philippinenbüro e.V. im Asienhaus
Bullmannaue 11
45327 Essen Tel: 0201 - 8303828
Fax: 0201 - 8303830